

Haushaltsrede im Rat der Stadt Hemer 17. Mai 2016

Martin Gropengießer
Fraktionsvorsitzender CDU-Hemer

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,
lieber Bürgermeister, lieber Kolleginnen und Kollegen,
sehr verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,

*„Jener Haushalt ist der beste, in dem man nichts Überflüssiges will
und nichts Notwendiges entbehrt.“*

Dieser Leitsatz einer spar- und sorgsamen Haushaltsführung könnte als **Motto für unsere diesjährigen Haushaltsplanberatungen** gelten. Es ist uns nämlich gelungen, die städtischen Finanzen aus dem Abgrund des Haushaltssicherungskonzeptes ohne Steuererhöhungen in die reguläre Haushaltsführung zurückgebracht zu haben.

Dieser Satz könnte auch vom **Kämmerer** stammen, der zusammen mit seinen Mitarbeitern in den letzten Jahren ständig eine restriktive Ausgabenpolitik angemahnt und auf die verheerenden Folgen einer Überschuldung hingewiesen hat.

Dieser Satz könnte aber auch aus einem **Lehrbuch für Kommunen** im Haushaltssicherungsverfahren stammen, in dem deutlich gemacht wird, dass in finanziell angespannten Zeiten in erster Linie Ausgaben zu kürzen sind, bevor Einnahmen durch Steuern erhöht werden.

Ich muss Sie, liebe Ratskolleginnen und –kollegen, leider enttäuschen, dieser Satz ist wesentlich älter und hat schon einige Jahre auf dem Buckel, ohne das seine Gültigkeit beeinträchtigt ist. Der Satz stammt vom **griechischen Philosophen Plutarch** und wird auf das Jahr 46 nach Christus datiert.

Und da der BM ein selbsternannter Freund der klassischen Philosophie ist und auf seinem Schreibtisch in der 2. Etage im Rathaus eine Büste der „Athene“ (Göttin der Weisheit und Strategie) platziert hat, dachte ich mir, dass **antike Sinnsprüche** in diesem Jahr in den Haushaltsreden besonders gut aufgehoben sind, damit das philosophische Repertoire des BM noch weiter ergänzt werden kann.

Sicherlich hatte man im antiken Griechenland andere Vorstellungen von sinnvollen und notwendigen Ausgaben. Trotzdem ist dieser Abwägungsprozess zur Ermittlung der Differenz von Wünschenswertem und Notwendigem die Aufgabe jeder Haushaltsplanberatung. So auch in unserem Fall in Hemer. Allerdings unterscheidet sich die diesjährige HH-Planberatung von den vorherigen, bislang gewohnten Budgetberatungen getreu dem alten Volkslied **„Alles neu, frisch und frei, macht der Mai“** erheblich.

Was war anders als sonst, was war im Vergleich zu bisherigen HH-Planberatungen neu?

Zunächst markiert das Jahr 2016 das **Zieljahr der Haushaltssicherung** und muss zwangsläufig mit einer „schwarzen Null“ schließen, um das HH-Sicherungskonzept geordnet verlassen zu können. Damit war klar, dass das Aufschieben von Fehlbeträgen in die Folgejahre nicht möglich war.

Daneben waren die extremen Ausmaße der Schwankungen in der **Spannbreite des städtischen Defizites** anders, so dass die Verwaltung immer wieder betonte, dass das HH-Planungen in einem „ständigen Fluss“ seien (Februar 2016: 14 Mio. Defizit/ Mai 2016: 6,7 Mio ohne Ausgleichrücklage).

Anders als in den Jahren zuvor gestaltete sich auch der vom **BM vorgeschlagene HH-Planentwurf**. Michael Heilmann brachte am 23. Februar 2016 einen HH ein, der zwei strukturelle Weichenstellungen vorsah: 1) eine Erhöhung der Steuern und 2) eine Ausweitung des Personals der städtischen Verwaltung.

Diesen Vorschlag korrigierte der BM dann am 8. April 2016, als er die Personalkostenzuwächse etwas reduzierte und die Steuererhöhung etwas milderte. In diesem Vorschlag sollte die Grundsteuer-B von 680 auf 760 Punkte steigen. Damit lägen wir sowohl im Märkischen Kreis wie auch in NRW im oberen Spitzenbereich. Für die CDU-Fraktion war klar: ein solcher HH-Plan-Entwurf setzt **falsche Akzente** und auch die korrigierte Fassung – wenngleich sie im Vergleich zur Februar-Version in die richtige Richtung ging – würde fatale Auswirkungen auf die Entwicklung Hemers nehmen.

Warum?

Eine Erhöhung der Grundsteuer B trifft alle Bürgerinnen und Bürger in Hemer. Die Eigenheimbesitzer werden direkt zur Kasse gebeten und die Mieter indirekt über erhöhte Mietnebenkosten. Das ist deshalb eine **ungerechte Politik**, da dem Bürger durch diese Steuererhöhung kein direkter Mehrwert zugebilligt wird. Auch setzt die Grundsteuererhöhung ein gefährliches Zeichen in Richtung der geplanten Neubaugebiete, da dadurch evt. „Häusle-Bauer“ durch extrem hohe Steuern abgeschreckt werden, zudem in den Nachbarstädten die Steuerbelastung deutlich niedriger ist (vgl. Iserlohn Grundsteuer B mit 496 Punkten). Daher gingen auch über 100 schriftliche Beschwerden aus der Bürgerschaft im Rathaus ein.

Auch die Unternehmen werden durch die Grundsteuer-B belastet und für ihre jahrelange Standorttreue bestraft. Wir freuen uns über Rekordeinnahmen bei den Gewerbesteuern, die die Grundlage unseres positiven Jahresergebnisses aus 2015 waren und durch die Ausgleichsrücklage eine tragende Säule des diesjährigen HH-Ausgleichs bilden. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass wir unsere **Haupteinnahmequellen weiter zukunftsfest machen** müssen.

Die Reaktionen in den Verbänden und Kammern aus Industrie und Handwerk sind dementsprechend hart ausgefallen. Sowohl die hiesige **Handwerkskammer als auch die SIHK** warnen vor einer Steuererhöhung. „*Die Auswirkungen für Hemer wären fatal: eine schleichende Deindustrialisierung setzt ein, die Basis für Wohlstand und Arbeit in Hemer schwindet*“, formuliert der Leiter der SIHK-Geschäftsstelle Iserlohn Frank Herrmann in einem Schreiben an den BM und die Fraktionsvorsitzenden vom 9. März 2016.

Wir machen dem BM nicht den Vorwurf, dass er gerade einmal eine Woche nach seiner Amtseinführung einen **solchen ersten HH-Entwurf** eingebracht hat. In dieser Situation unmittelbar aus dem Wahlkampf als „Newcomer“ in die Niederungen und Schwierigkeiten des städtischen HH einzutauchen, war mit Sicherheit nicht einfach.

Wir werfen dem BM aber vor, dass er in seinem „korrigierten Vorschlag“ über 6 Wochen später weiter ohne Not an der Steuererhöhung – wenn auch in geringerem Umfang – festgehalten hat. Zu diesem Zeitpunkt war schon deutlich erkennbar, dass das tatsächliche Defizit deutlich niedriger ausfällt und aus eigener Kraft hätte ausgeglichen werden konnte. Der BM hatte hier **nicht den Mut oder nicht die Durchsetzungskraft**, mit eigenen Akzenten ohne Steuererhöhungen den HH-Ausgleich anzupacken. Auf Steuererhöhungen zurückzugreifen, nachdem wir 2013 gemeinsam schon eine erhebliche Steuererhöhung einstimmig beschlossen haben, ist der einfachste und bequemste, aber keineswegs der nachhaltigste Weg, den HH-Ausgleich zu erzielen.

Aber nicht die Steuern sind wichtig, sondern das Steuern ist wichtig, lieber Michael. Das Steuern des Schiffes Hemer nämlich. Ich greife hier bewusst dieses Sprachbild auf, da Du es am 25. März 2015 als Fraktionsvorsitzender der UWG in Deiner letzten HH-Rede selbst ausgemalt hast. Damals - vor gut einem Jahr - spielten übrigens Steuererhöhungen in Deinen Ausführungen keine Rolle, im Gegenteil. In diesem Zusammenhang ist es auch verwunderlich, wie **flexibel der BM verschiedene Positionen besetzt**. Einerseits beinhalteten beide eigenen HH-Entwürfe des BM Steuererhöhungen, andererseits äußert Michael Heilmann beispielsweise bei dem jüngsten Antrittsbesuch der Handwerkskammer, dass er alles daransetzen werde, die Steuererhöhungen zu vermeiden. Beides geht aber nicht, das ist ein klassischer Zielkonflikt.

Anders und völlig neu gestaltete sich auch das **Handeln der Fraktionen** in der Reaktion auf die beiden Heilmannschen HH-Planentwürfe.

Die CDU-Fraktion hat Dir, lieber Michael, nach Deinem überragenden Wahlergebnis eine konstruktiv-kritische Zusammenarbeit versprochen. Und daran halten wir uns. **Aber das beeindruckende Wahlergebnis von über 80 Prozent bedeutet nicht, dass 80 Prozent der Wähler für eine Steuererhöhung gestimmt haben.** Wir hätten es an dieser Stelle auch einfach und bequem handhaben und den HH-Entwurf mit dem Verweis auf die Steuererhöhungen einfach ablehnen können. Das haben wir aber bewusst nicht gemacht. Denn es geht bei dieser Entscheidung auch um die Zukunft Hemers!

Wir haben uns als CDU-Fraktion die Frage gestellt: was ist der Politik ein ausgeglichener Haushalt ohne Steuererhöhung wert? Ein ausgeglichener Haushalt schafft Möglichkeiten, hochwertige Angebote und Leistungen anzubieten, um die **Lebensqualität** in Hemer aufrecht zu erhalten und zu entwickeln.

Das Ziel eines schuldenfreien Haushalts ist kein Selbstzweck, sondern Voraussetzung für zukünftiges Handeln. Es kann nur erreicht werden, wenn die **Wunschlisten** im Zaum gehalten werden und wenn **Zurückhaltung und Disziplin** geübt wird.

Die CDU-Fraktion hat sich daher in mehrtägigen Klausurtagungen und etlichen Fraktionssitzungen auf den Weg gemacht, **jeden Stein umzudrehen**, alle Positionen

zu durchleuchten, um letztlich Einsparpotenziale zu heben, die die Steuererhöhungen in diesem Jahr und in den Folgejahren nichtig machen können. Übrigens hat der BM genau diese eigenen Vorschläge aus der Politik mehrfach selbst eingefordert. Daraus sind insgesamt **24 Anträge** erwachsen, die wir als Maßnahmenkatalog eingereicht haben.

Zeitgleich haben sich auch die Fraktionen aus SPD und FDP geäußert und weitere Vorschläge gemacht, die deutlich zeigten, dass auch sie die Steuererhöhungen vermeiden wollen. Nach gemeinsamen konstruktiven Beratungen haben die drei Fraktionen ein insgesamt aus **31 Änderungsanträgen** bestehendes HH-Paket vorgelegt, mit dem der Ausgleich ohne Steuererhöhungen gelingen kann.

Von den **anderen Fraktionen** kam dagegen nicht viel. Die GAH hat sich schnell mit den Steuererhöhungen arrangiert und weiterhin mit bestellten Leserbriefen versucht, den Wahlkampf gegen die CDU-Fraktion fortzusetzen. Und die UWG als BM-tragende Fraktion hat einfach gar nichts unternommen und ist lange Zeit auf Tauchstation gegangen. Wenn dann der UWG-Fraktionsvorsitzende kurz vor Ende in Ermangelung eigener Vorschläge in einem Leserbrief kritisiert, dass es „*hektische Lenk- und Bremsmanöver*“ vor allem von der größten Fraktion gab, dann kann ich sagen: Recht hat er. Es gab nämlich eine **Vollbremsung**, damit wir mit dem diesjährigen HH und seinen Auswirkungen keinen Totalschaden erleiden.

Dabei setzen die Fraktionen der „Deutschland- oder Hemer-Koalition“ auf eine zweigleisige Strategie: **1) kurzfristiger HH-Ausgleich in 2016 und 2) mittel- und langfristige HH-Ausgleiche in den Folgejahren.**

Für 2016 schlagen wir im Wesentlichen **vier Änderungen** zum ursprünglichen Entwurf vor:

Erstens: Personalkosten reduzieren: wir schlagen in folgenden Positionen vor, auf Neueinstellungen oder Weiterbeschäftigungen zu verzichten: Stelle Klimamanager, Stelle Inklusionsbeauftragter, Stelle Flüchtlingsbetreuung, Stelle IT-Fachkraft, Stelle Elektriker und halbe Stelle Bürokräft Personalrat, die intern umbesetzt werden muss.

Zweitens: Sachkosten minimieren: wir schlagen ferner vor, dass über die ganze VW hinweg versucht wird, die Sachkosten zu senken. Also eine Art globale Ausgabensenkung.

Drittens: Investitionsmaßnahmen verschieben: einige geplante Investitionsmaßnahmen können problemlos auf das nächste Jahr verschoben werden, wie z.B. der Sportplatz am Gymnasium, da mit einer Fertigstellung ohnehin frühestens gegen Ende des Jahres gerechnet werden kann. Gleiches gilt für das Umkleidegebäude am Ernst-Loewen-Sportplatz in Deilinghofen, da hier zunächst die Grundsatzentscheidung (Neubau oder Sanierung) im zuständigen Ausschuss fallen muss.

Viertens: Flüchtlingsausgaben den Realitäten anpassen: aufgrund rückläufiger Flüchtlingszahlen insgesamt, der Zusicherung der Bezirksregierung bis mindestens

Ende Mai keine zusätzlichen Flüchtlinge aufnehmen zu müssen und der Tatsache, dass Hemer neben der ZUE bereits jetzt für insgesamt 120 mögliche zusätzliche Flüchtlinge Wohnraum angemietet hat (der als Puffer noch nicht genutzt wurde) sehen wir die Notwendigkeit in einer weiteren Unterbringung in der Ihmerter Gemeindehalle als nicht gegeben. Wir sind der Meinung, dass dieser „**Puffer des Puffers**“ in diesem Jahr nicht zum Tragen kommen wird.

Damit ist der Ausgleich für 2016 darstellbar. „*Nach dem Spiel ist vor dem Spiel*“, sagte einmal die Trainerlegende und der Fußballphilosoph Sepp Herberger, den ich im Jahr der Fußball-EM durchaus zitieren darf. Für uns bedeutet das. „**Nach dem Haushalt ist vor dem Haushalt**“. Für die Folgejahre gilt es nämlich darüber hinaus, das strukturelle Defizit abzubauen und weitere Einsparpotenziale zu heben, damit auch in der mittelfristigen Finanzplanung Steuererhöhungen vermieden werden können. Diese sehen wir u.a. in folgenden Punkten:

Erstens: Strukturelle Senkung der Personalkosten: Es ist anzustreben, die Personalkosten der Stadt Hemer durch eine Reduzierung der Stellenzahl zu senken. Wir empfehlen durch die Einführung von KW-Vermerken freiwerdende Stellen auf ihre Notwendigkeit und Effizienz hin zu überprüfen, um langfristig weniger Personalausgaben ohne Einschränkung der Arbeitsqualität bereit zu stellen.

Zweitens: Steuerung durch Ziele und Kennzahlen: „*Wenn man nicht weiß, welchen Hafen man ansteuert, ist kein Wind günstig*“, soll einmal der römische Philosoph und Staatsmann Seneca gesagt haben. Deutlich wird dadurch, dass Ziele immer eine Richtungsentscheidung erfordern, der eine eigene Standortbestimmung vorausgehen muss. Dieses gilt in Sonderheit für die kommunale **Haushaltspolitik im Rahmen von NKF**. Wir müssen schnellstens in den Ausschüssen damit beginnen, die jeweiligen Ziele und Kennzahlen der einzelnen Budgets zu prüfen, zu schärfen und damit zu steuern. Das haben wir viel zu lange vernachlässigt und nur so ist eine strukturelle Entlastung des HH möglich. Wir stellen uns vor, dass die Fachausschüsse unverzüglich nach der Sommerpause in Klausur gehen, um „*NKF*“ in der reinen Lehre umzusetzen.

Nebenbei bemerkt setzt dieses aber voraus, dass Fachausschüsse ihre Produkte auch beherrschen und wirklich beurteilen können. Wenn wir allerdings darangehen, die **Ausschüsse zusammenzulegen** (z.B. den Kultur- und den Finanzausschuss oder den Schul-, Sozial- und Sportausschuss), sehe ich eine ernsthafte Diskussion in der notwendigen inhaltlichen Tiefe nicht gegeben.

Drittens: Synergien entdecken und unnötige Kosten minimieren: auch schlagen wir vor, dass weitergehende Einsparpotenziale geprüft werden, wie z.B. durch die Überprüfung der städtischen Versicherungen, Abbau möglicher Doppelstrukturen zwischen Stadt und Kreis, Überprüfung von Schnittstellen im Angebot der VHS und der Musikschule, Überprüfung einer weiteren interkommunalen Zusammenarbeit, z.B. in den Bereichen Stadtkasse, Personalamt, Kämmerei.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich komme zum Schluss meiner Ausführungen:

Haushaltskonsolidierung ist ein permanenter Prozess und eine dauerhafte Herausforderung für alle Akteure. Dass einzelne Fraktionen dabei eigene Vorschläge in der HH-Planung entwickeln, ist nicht nur das Recht, sondern die ausdrückliche Pflicht der Räte, die in der Gemeindeordnung in Paragraph 41 als Beschlussverpflichtung (nicht als Konsensverpflichtung gegenüber der VW) geregelt ist.

Dabei stellt die Verabschiedung des Budgets in der langen Geschichte des deutschen Parlamentarismus das sogenannte „**Königsrecht**“ einer jeden Volksvertretung dar. Dieses Recht beinhaltet die Pflicht zu entscheiden und bei einer ablehnenden Haltung Alternativen vorzulegen. Wir können und müssen in der Sache streiten, das ist das Wesen unserer Demokratie. Das haben wir in den letzten Wochen gemacht und ich bin daher der Meinung, dass das auch die politische Kultur in Hemer insgesamt positiv vorangebracht hat.

Dem BM, der Kämmerei und den Fachämtern gilt unser Dank für die geleistete Arbeit – auch wenn wir in vielen Punkten unterschiedlicher Meinung waren.

Die CDU-Fraktion wird dem vorliegenden und geänderten HH- und Stellenplan 2016 zustimmen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.